

Die Krise der Demokratie in Europa – und die Krise der Erforschung dieser Krise

THORSTEN THIEL

Die Krise der Demokratie in Europa ist oft diagnostiziert worden. So oft, dass über sie zu schreiben, gar nicht mehr so einfach ist. Was soll man zu den Bibliothekskilometern hinzufügen, die aus jedem denkbaren Winkel die europäischen Institutionen, das Zusammenspiel dieser Institutionen, das Verhältnis von EU und Nationalstaaten oder die mal schleichende, mal lautstarke Abkehr der europäischen Bürger von den demokratischen Institutionen vermessen und analysiert haben? Die Schwerpunkte der Diagnosen variieren, auch wer als Bösewicht besetzt wird oder was als strukturelle Unzulänglichkeit erachtet wird, aber dass eine Krise besteht und dass diese die Demokratie – national wie europäisch gesehen – betrifft, wird sehr weit geteilt.

Krisendiagnosen sind dabei stets politisch. Wer von der Krise spricht (oder schreibt), will zum Handeln anregen. Er erachtet eine Situation als untragbar und behauptet, dass der Status Quo nicht fortgeführt werden kann. Krise impliziert Negativität und Bedrohung; von der Krise zu sprechen spitzt eine Situation auf eine Entscheidung hin zu: Entweder muss es Veränderung geben oder aber es droht der Untergang. Eine Krise ist umfassend, sie stellt eine systemweite Bedrohung dar und unterminiert charakteristische Handlungsmuster und Routinen.¹ Krise suggeriert Dringlichkeit,

1 Dafür, dass Krise gemeinhin als ein sozialwissenschaftlicher Schlüsselbegriff aufgefasst wird, ihr als Selbstbeschreibungsvokabel moderner Gesellschaften ein enorme Bedeutung zukommt und sie im öffentlichen und politischen Diskurs

sie ist eine Ausnahmesituation und für die Lösung der Krise stehen daher Mittel bereit, die weit über das hinausgehen, was im Normalmodus selbst angelegt ist oder auch nur für möglich erachtet wird. Jede Krisendiagnose hat daher eine performative Kraft: Wird sie geteilt, so ist sie unmittelbar handlungsrelevant.

Es ist diese (potentielle) Macht der Krisendiagnose, die ich im Folgenden mit der Macht dieser speziellen Krisendiagnose, der Krise der europäischen Demokratie, kontrastieren möchte. Ich möchte fragen, ob der allgegenwärtige Krisendiskurs eigentlich noch die Leistung erbringt, die ihm zugeschrieben wird, ob also die Diagnose der Krise der Demokratie in Europa, so wie sie heute gestellt wird, tatsächlich Handlungsanreize schafft und Alternativen denkbar werden lässt.

Meine These ist, zugespitzt, dass die Krise der Demokratie in Europa auch eine Krise der Erforschung dieser Krise ist. Mein Argument lautet, dass die sich immer weiter spezialisierende Europaforchung und die öffentliche Diskussion viel zu weit auseinandergetreten sind, vor allem aber, dass sich der Diskurs über europäische Demokratie konzeptionell erschöpft hat. Er bietet daher wenige oder keine Impulse mehr, um auf die nach wie vor stattfindende und normativ höchst bedeutsame Weiterentwicklung eu-

eines der wichtigsten Signalwörter für die Einordnung politischer Geschehnisse ist, gibt es erstaunlich wenig begriffliche Verständigung über das Konzept ‚Krise‘. Die enorme politische Kraft des Begriffes, sein Einsatz als narrative Verkürzung sowie die Ausweitung über sämtliche Bereiche der *conditio humana*, hat – wie schon Koselleck in der bis heute zentralen begriffsgeschichtlichen Studie formuliert hat (Koselleck 1982) – dazu geführt, dass der Begriff ausgeweitet und überstrapaziert ist. Das wissenschaftliche Interesse an der Krisenterminologie ließ nach einem Höhepunkt der Krisentheoretisierung in den 1970er Jahren deutlich nach. In den letzten Jahren kam es jedoch – sicherlich nicht zuletzt bedingt durch die Erfahrung schnell hinter einander auftretender wirtschaftlicher und politischer Großkrisen – zu einer erneuten und sehr intensiven Beschäftigung mit der ‚Krise‘ als Konzept (einen guten Einstieg und Überblick geben die folgenden Werke: Friederichs 2007; Mergel 2012; Baumann/Bodoni 2014; Roitman 2014; Schulze 2011; Fenske, et al. 2011; Wengeler/Ziem 2013). Die ‚Krise der Demokratie‘ stellt in diesem Zusammenhang noch einmal eine besondere Untergattung von Texten dar (vgl. Merkel 2014 für eine empirische Hinterfragung der vielfältigen normativen Krisenkonzepte).

ropäischer Integration in einer Weise zu reagieren, die Resonanz erzeugen und überzeugende Urteile begründen würde. Dem kann nach meiner Einschätzung entgegengewirkt werden, wenn eine stärkere Einbindung von gegenwärtig in der politischen Theorie diskutierten Ansätzen versucht würde. Das Vokabular moderner politischer Theorie erlaubt es, einen Fokus zu setzen auf Momente des Politischen und Voraussetzungen politischen Handelns, was im Bereich der Europaforschung eine völlig andere Diskussion möglich werden ließe.

Das Folgende soll also ein Versuch sein, eine sehr partielle, aber – wie ich denke – doch wichtige Facette unserer Schwierigkeit des Umgangs mit der Demokratie in Europa aufzudecken. Der Fokus dieser Ausarbeitung liegt dabei allein auf dem wissenschaftlichen (oder noch genauer: dem demokratietheoretischen) Diskurs über die Krise der Demokratie in Europa. Dem Gegenstand, der Krise der Demokratie selbst, nähere ich mich dabei nur indirekt und aus der Perspektive des Beobachters des Beobachters. Doch eben weil dies in der derzeitigen Diskussion nur selten gemacht wird, erhoffe ich mir spezielle Aufschlüsse und ein Überwinden des Problems der von Europa schweren Regalkilometer.

Der Text gliedert sich in drei Teile: Im ersten wende ich mich den Bedingungen normativen Theoretisierens im Europadiskurs zu. Ich beschreibe die zunehmende Spezialisierung der Europaforschung und deren Folgen für die Rolle Politischer Theorie. Anschließend skizziere ich, wie sich die Diagnosen europäischer Demokratie inhaltlich ausdifferenziert haben und arbeite heraus, worin nach meiner Ansicht die konzeptionelle Erschöpfung des Diskurses besteht. Abschließend halte ich ein kurzes Plädoyer für ein alternatives Theoretisieren und damit verbunden einen anderen öffentlichen Diskurs über Europa.

POLITISCHE THEORIE UND EUROPAFORSCHUNG

Die Europaforschung ist ein boomendes wissenschaftliches Feld (Keeler 2005; Rosamond 2007). Ein Feld zudem, dass sich über die Zeit in einer sehr eigenen Weise und mit sehr eigenen Institutionen ausdifferenziert hat.²

2 Es sei direkt angemerkt, dass es keine selbstständige und klar abgegrenzte akademische Disziplin „Europaforschung“ gibt und die Rede von einem For-

Europaforschung ist dabei durch eine stark interdisziplinäre Anlage und eine sehr moderne, netzwerkbasierte Struktur gekennzeichnet. Rechtswissenschaft und Politische Wissenschaft sind in ihr die zentralen Herkunftsdisciplinen, soziologische und historische Ansätze spielen zunehmend und ergänzend eine Rolle. Das Interesse am Phänomen der europäischen Integration und den Institutionen der Europäischen Union bildete sich in Rechts- und Politikwissenschaft schon in den frühen Tagen europäischer Integration heraus. Innerhalb der Politischen Wissenschaft, auf deren Diskurs ich mich hier weitgehend konzentrieren will, ist die Europaforschung vor allem aus den Anstrengungen von zwei Teildisziplinen hervorgegangen: den Internationalen Beziehungen, in denen die Frage nach den Gründen für den Fortgang von internationaler Integration und deren Grenzen das ursprüngliche Erkenntnisinteresse war, und der Vergleichenden Politikwissenschaft, für die das Verständnis der Funktionierens der sich herausbildenden Institutionen zentral ist. Die Evolution der Forschung hat es dabei mit sich gebracht, dass die beiden Ansichten heute an vielen Stellen verbunden sind. So hat sich ein begrifflich und theoretisch eigenständiger Diskurs herausgebildet, der zudem dadurch distinkt wird, dass auch institutionell eine Ausdifferenzierung stattgefunden hat. Die Europaforschung ist sehr viel internationaler orientiert und organisiert als die allgemeine Politikwissenschaft. Sie verfügt über einen Fachdiskurs, der nahezu ausschließlich über englischsprachige Zeitschriften verläuft, mit der Folge, dass die angelsächsisch orientierten Länder und deren Forschungs- und Demokratieverständnisse in der Forschung über die EU eine weit größere Bedeutung haben als im Brüsseler

schungsfeld daher präziser ist. Zum Forschungsfeld „Europaforschung“ gehört zunächst jeder, der den Gegenstand „Europäische Union“ thematisiert. Es existieren zwar immer wieder Ansätze, eine eigenständige Europawissenschaft zu etablieren (etwa: Schuppert, et al. 2005), und gerade im angelsächsischen Raum über das Konzept *area study* mit dem Unterbereich *European Studies* existiert eine so benannte disziplinäre Entität (Calhoun 2003), aber die Formierungsversuche müssen noch als unabgeschlossen und uneinheitlich gelten. Inwiefern es zu einer disziplinären Konsolidierung überhaupt kommen wird oder ob die netzwerkartige Struktur erhalten bleibt, die gegenwärtig die bessere Beschreibung ermöglicht, muss offen bleiben.

politischen Betrieb.³ Europaforschung ist zudem häufig in großen Forschungsnetzwerken oder an einzelnen Standorten ausgebaut: Beispiele sind das ARENA Centre for European Studies in Oslo oder in Deutschland das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Diese Eigenheiten haben die Europaforschung zu einem sehr starken und wichtigen Forschungsfeld gemacht. Den aus dem naturwissenschaftlichen Disziplinen entlehnten Forschungsimperativ (kollaborativ, paradigmensorientiert, datengetrieben, global) und den damit verbundenen Förderpraktiken steht Europaforschung sehr viel näher als die eher geisteswissenschaftlich orientierte, althergebrachte Politikwissenschaft, was zu einer Selbstwahrnehmung als Avantgarde führt.

Nachdem seit Mitte der achtziger Jahre und im Zuge externer Ereignisse wie den Schwierigkeiten der Ratifikation des Maastricht-Vertrags die normativ-demokratiethoretische Frage nach der Legitimation europäischen Regierens den Status einer dritten zentrale Diskursarena erhielt (Bellamy/Castiglione 2003), stellte sich nichtsdestotrotz die Frage, ob eine disziplinäre und methodische Erweiterung des Kanons der Europaforschung nötig sei. Das Interesse an Erkenntnissen der Politischen Theorie nahm in der Europaforschung stark zu und auch aus der Öffentlichkeit wurde ein Bedarf nach einer anschlussfähigen, richtungsweisenden Debatte artikuliert. Das Bemühen um ein gesättigtes politik- und demokratiethoretisches Vokabular wurde zunächst stark von Rechtswissenschaftlern bedient (vgl. die wegweisenden Artikel von Grimm [1995] und Weiler [1995]), über die Zeit war aber auch in der politikwissenschaftlichen Linie der Europawissenschaft eine Hinwendung zur Demokratietheorie zu beobachten.

Anders als in der Formierungsphase der Europaforschung, wo Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft gleichberechtigt Theorien und Vokabular einspeisten und dann kollaborativ weiterentwickelten, erfolgte in der in viel höherem Maße konsolidierten und institutionell etablierten Europaforschung der Import nicht so sehr durch wechselseitigen Austausch oder die Aufnahme dezidierter Figuren der politischen Theorie in den Diskurs, sondern als eine einseitige Rezeption, Aneignung

3 Der relative Einfluss der USA auf das Forschungsfeld war allerdings in den frühen Jahren deutlich größer und ist im allgemeinen Wachstum des Forschungsfelds und der Professionalisierung der Sozialwissenschaften in Europa spätestens seit der Jahrtausendwende zurückgegangen (Andrews 2012).

und Weiterentwicklung zentraler Theoreme (das bekannteste, unten noch weiter erörterte Beispiel ist die deliberative Demokratietheorie). Der Import von Theoriefragmenten in die europawissenschaftliche Begriffssprache ließ eine separierte Entwicklung des normativen Vokabulars möglich werden. Stichworte, Theorien und Konzepte des politiktheoretischen Diskurses – von Legitimität bis Souveränität – sind somit zwar in der Europaforschung präsent, die Europäische Union ist aber auch heute noch kein wichtiger Gegenstand in der Politischen Theorie. Neuere Entwicklungen und Diskurse wurden nach der Phase der Etablierung des Legitimationsdiskurses nur noch wenig beachtet.⁴

Diese Tendenz wird noch dadurch verstärkt, dass umgekehrt auch auf Seiten politischer Theoretiker und Philosophen zwar ein abstraktes Interesse an der Entwicklung hin zur postnationalen Konstellation zu registrieren ist, der Diskurs sich aber bewusst fernhält von der Komplexität empirischer Institutionen. Politische Theorie neigt stark zum Systematisieren und Gene-

4 Selbstverständlich bestätigen Ausnahmen diese Regel. So lässt sich etwa auf den englischsprachigen Sammelband von Jürgen Neyer und Antje Wiener zu *Political Theory of the European Union* (Neyer/Wiener 2010) hinweisen (beide Herausgeber sind aber bezeichnenderweise Professoren für Internationale Beziehungen). Auch gibt es enorm wirkmächtige Autoren, die als Politische Theoretiker angesehen werden können oder in diesen Diskursen zentral sind, wie etwa Jürgen Habermas oder Richard Bellamy. Schließlich schwankt der Grad des Einbezugs auch noch nach Politikfeld und Fragestellung; so war etwa in der Auseinandersetzung um den Komplex Identität/Solidarität/Vertrauen das Interesse an politiktheoretischer Beteiligung größer und anhaltender als etwa im Diskurs um institutionelle Reformen. Auch gilt es zu bedenken, dass die hier sehr zugespitzte Verwendung von Unterscheidungen entlang von Subdisziplinzugehörigkeiten weder ein eindeutiges noch ein sonderlich folgenschweres Kriterium für das Vorhandensein von Perspektiven oder die Qualität des Diskurses sein kann. Die Trennung ist weder analytisch scharf noch ließen sich aus ihr kausale Schlüsse ziehen. Die Unterscheidung kann aber einen griffigen Marker setzen, um die Ordnung des Diskurses zugespitzt zu illustrieren und das Feld zu bereiten für einen bisher nur randständigen Lösungsansatz. Ganz in der den Essay rahmenden Logik der Krisendiagnose, versuche ich auf ein entweder-oder zuzuspitzen, wohl wissend, dass die Beschreibung der Realität ein komplexes sowohl-als auch benötigte.

ralisieren und zur Beschränkung auf abstrakte Begründungsfragen, wie am deutlichsten in der Debatte um „globale Gerechtigkeit“ ersichtlich wird. Nur so kann weitgehend uninformatiert vom realen Funktionieren von Institutionen und deren Aufgaben und Besonderheiten Theorie betrieben werden, was für sich ein Problem darstellt, aber auch den weitgehenden Rückzug von Theoretikern aus aktuellen Debatten zu erklären hilft.

Die Selbst- wie Fremdmarginalisierung politischer Theorie im Europadiskurs ist *per se* zunächst einmal überhaupt kein Problem. Auch dort, wo politische Theorie sich stark einbringt, ist schließlich nicht gesagt, dass sie überzeugende Ergebnisse produziert, öffentliche Diskurse in Gang bringt oder auch nur diskussionswerte Alternativen aufzeigt. Ich möchte im Folgenden aber zeigen, dass gerade die Europaforschung von einer besseren Kenntnis und einem regen Austausch mit Diskursen in der Politischen Theorie profitieren würde. Die Diskurse über Form und Wesen der Demokratie, die sich in der Politischen Theorie über die letzten zehn, fünfzehn Jahre entwickelt haben, sind dem schematischen Demokratieverständnis der Europaforschung mit ihrer Aufmerksamkeit für Politisierungsprozesse und den vielfältigen Austausch von Bürgern und Institutionen, wie er etwa in republikanischen oder radikaldemokratischen Debatten reflektiert wird, klar voraus und können die etablierten Perspektiven gewinnbringend ergänzen.

Und noch aus einem zweiten Grund erscheint mir eine solche Weiterung des Diskurses angebracht: Die oben beschriebene Ausdifferenzierung und Szientifizierung des Europadiskurses hat eine starke Trennung von Europaforschung und politischer Öffentlichkeit mit sich gebracht. Europa ist im politischen Feuilleton zwar ein ständiges Thema, aber welcher Zwischenruf kommt schon ohne den Hinweis aus, dass viel zu wenig über Europa nachgedacht und öffentlich geredet wird. Es sind weniger die Europaforscher als vielmehr die allgemeinen Intellektuellen, die hier Stellung beziehen, und für diese gilt oftmals, dass eine weitreichende Lähmung mit Blick auf Fragen des europäischen Regierens zu konstatieren ist. Ursachen hierfür sind viele angeführt worden, so etwa von Georg Vobruba (2007), der die Schwierigkeit der Intellektuellen, eine eigene Position zwischen Affirmation und Populismus zu finden, mit einer gespaltenen Wahrnehmung zwischen positivem Integrationsziel und negativer Institutionensicht begründet. Andere Erklärungen zielen auf das Fehlen einer übergreifenden europäischen Öffentlichkeit oder die Oberflächlichkeit, die die Logik moderner Berichterstattung mit sich bringt.

Ich denke, dass man auch sehen muss, dass der hochentwickelte Wissenschaftsdiskurs relativ ungeeignet ist, verständlich seine Erörterung der Krise der Demokratie in den öffentlichen Raum zu tragen. Die wenigen etablierten wissenschaftlichen Stimmen im Diskurs – die zudem oft älter und fast immer männlich sind – wirken routiniert und bieten seit Jahren einen sonoren Mix von Appell und Klage. Durch sie findet aber nahezu kein Transfer innovativer Überlegungen in die öffentliche Debatte statt. Jene Wissenschaftler, die ‚echte‘ Europaforschung machen, meiden zumeist die Debatte, oft wohl, weil sie von Vermittlung und Diskussion desillusioniert sind. Es gelingt ihnen nicht überzeugend, die kleinteiligen und stark differenzierenden Erkenntnisse der Europaforschung in eine diskursive Form zu überführen und ein informiertes, aber doch verständliches Vokabular zu entwickeln. Es bedarf daher einer Annäherung von beiden Seiten aus, von Seiten des öffentlichen Diskurses wie seitens der Wissenschaft. Und es scheint mir, dass eine stärkere Einbeziehung moderner politischer Theorie von Wert wäre, weil die dort entwickelten Verständnisse von Demokratie eingängiger erscheinen und mehr Bezug zu gesellschaftlichen Akteuren (jenseits von Politikberatung und strategischer Expertise) mitbringen.

VERSTÄNDNISSE VON DEMOKRATIE IN DER EUROPAFORSCHUNG

Bevor wir uns aber diesen ergänzenden Perspektiven zuwenden, müssen wir zunächst eine Kategorisierung jener Ansätze versuchen, die im Legitimationsdiskurs der Europaforschung stark sind. Nur so lässt sich verstehen, wie sich die Debatte entwickelt hat, was als Krise der Demokratie in Europa verstanden wird und wo die Grenzen und Einseitigkeiten einzelner Ansätze verlaufen. Um der ungemeinen Vielfalt des höchst produktiven Diskurses Struktur und Halt zu geben, will ich hierfür im Folgenden ein analytisches Raster vorschlagen, das helfen soll, die verhandelten Ansätze entlang zweier grundsätzlicher Unterscheidungen zu sortieren.

Die erste Unterscheidung ist jene zwischen Ansätzen, die normative Erwägungen zum Ausgangspunkt nehmen, und solchen, die mit einer möglichst dichten empirischen Beschreibung europäischen Regierens starten. Mit einer normativen Erörterung zu beginnen bedeutet, dass man zunächst

grundlegende Überlegungen dazu formuliert, was Demokratie heißt und Kriterien entwickelt, mittels derer die demokratische Legitimität eines politischen Gemeinwesens erörtert werden kann. Diese Standards können abstrakt aus Demokratietheorien oder der Erörterung von Werten und Rechten hergeleitet oder analytisch aus der Untersuchung des ‚Kerns‘ entwickelter demokratischer Systeme gewonnen werden. Wichtig für die Unterscheidung ist allein, dass zunächst die normative Messlatte entwickelt wird. Die EU wird dann (zumindest prinzipiell) nicht als Ausnahme behandelt, sondern an den so identifizierten Maßstäben bemessen. Ansätze, die umgekehrt mit einer empirischen Beschreibung beginnen, betonen, dass es zunächst zu verstehen gilt, was die Europäische Union eigentlich ist, was deren Ziele oder Funktionen sind und wo sie sich von nationalstaatlichen Demokratien und deren Legitimationsanforderungen unterscheidet. Erst dann könne man auf Grundlage eines spezifischen Verständnisses sinnvoll über die Entwicklung adäquater Bedingungen reden und Vorschläge zu Reformen entwickeln.

Die zweite Unterscheidung ist jene zwischen Ansätzen, in denen Demokratie als Kontrolle von Eliten konzipiert wird, und Ansätzen, die die Ermächtigung der Bürger zu politischem Handeln als zentrales demokratisches Gut setzen. Bei ersterem liegt der Fokus auf Institutionen und Mechanismen, Repräsentation wird für unerlässlich gehalten, und die Möglichkeit von deren Missbrauch sowie das Risiko der Aggregation von Macht gelten als zentrale Herausforderungen der Demokratie. Der zweite Ansatz rückt hingegen stärker partizipatorische, gesellschaftliche Aspekte in den Vordergrund, formuliert zudem die Erwartung eines zu entdecken oder im Prozess entstehenden Gemeinwohls. Weniger die individuelle ‚Freiheit von‘ als eine (zumindest teilweise) kollektive ‚Freiheit zu‘ gilt als das eigentlich demokratiespezifische Moment.

Kombiniert man nun diese beiden Unterscheidungen, so erhält man eine Vier-Felder-Matrix, in der sich die zentralen demokratietheoretischen Überlegungen der Europaforschung gut sortieren lassen.

	Normativer Ausgangspunkt	Empirischer Ausgangspunkt
Kontrolle	Institutionen-basierte Theorien • Liberale Grundannahmen • Demokratiedefizit	EU als Zweckverbund • Legitimation auch losgelöst von Demokratie möglich
Ermächtigung	Demos-basierte Theorien • Bürgerschaftliche Aktivität • Gemeinwohl/ Öffentlichkeit	Europäische Governance • Deliberative Verhandlungs-demokratie

Auf der linken Seite der Matrix finden sich jene Ansätze, die unmittelbar auf demokratietheoretische Debatten zugreifen. Hier sind besonders zwei Debatten in der Europaforschung wichtig geworden, die anhand ihres ‚Ergebnisses‘ unterschieden werden können: die Debatte um das Demokratiedefizit und die Debatte um den fehlenden *Demos*. In der Debatte um das Demokratiedefizit ist die Auseinandersetzung fokussiert auf die institutionelle Qualität europäischer Institutionen. Es wird verhandelt, inwiefern die europäischen Institutionen in der gleichen Weise das Ziel der demokratischen Kontrolle von Eliten ermöglichen bzw. ob diese sogar zu einer Unterminierung der nationalen Demokratie beitragen. Hierfür werden detaillierte Analysen einzelner europäischer Institutionen (vor allem zu Parlament und Kommission, jüngst aber auch verstärkt zum Europäischen Rat sowie zum Europäischen Gerichtshof) bzw. von deren Zusammenspiel unternommen. Insbesondere das Verhältnis zur nationalen Demokratie, zu Parlamenten oder sogar zu den Eingriffsmöglichkeiten einzelner Bürger steht im Vordergrund (beispielhaft für solche Argumentation sind etwa: Grande 1996; Decker 2000; Lord/Beetham 2001). Das Verhältnis von supranationalen und intergouvernementalen Elementen steht im Blickpunkt und wird mal mehr, mal weniger kritisch hinterfragt und zu bewerten gesucht. Besonders viel Augenmerk liegt dabei auf der Frage, ob europäisches Regieren als Immunisierungsstrategie von politischen Eliten (oder Bürokratien) gegenüber der europäischen Bürgerschaft oder nationalen Anliegen zu werten ist.

Demos-basierte Theorien auf der anderen Seite verstehen Demokratie sehr viel emphatischer als eine Form der Selbstregierung eines Kollektivs.

Die Frage hier ist daher, inwiefern es überhaupt möglich ist, die Heterogenität der europäischen Bürgerschaft (mitsamt der zusätzlichen Instanz staatlicher Willensbildung) in einen gemeinsamen Politikprozess zu übersetzen. Typische Debatten in diesem Kontext drehen sich um die Entstehung bzw. das Vorhandensein von Solidarität und Vertrauen oder um die Möglichkeit der Herstellung eines übergreifenden öffentlichen Raums. Das Ergebnis solcher Erörterungen ist dabei meist, dass es der EU an der Selbstidentifizierung der europäischen Bürger als Gemeinschaft und der damit verknüpften intrinsischen Bereitschaft füreinander einzustehen mangelt (neben Grimm und Weiler, die weiter oben schon angeführt wurden, ist insbesondere Kielmansegg 2003 einschlägig für diese Position). Dies kann entweder als substantieller Mangel (Simson 1991) oder als Problem eines defizitären Prozess der Öffentlichkeitsbildung gedeutet werden (dass hier gerade die aktuelle Krise aber eine neue Wahrnehmung geschaffen haben könnte, zeigt Eder 2014). Das Fehlen eines europäischen Demos stelle ein nachhaltiges Hindernis für jedwede Form europäischer Demokratisierung dar, da ohne Demos auch institutionelle Reformen stets als usurpatorisch empfunden werden müssten. Die Position mündet daher meist in Plädoyers, die Rolle der nationalstaatlichen Demokratie wieder zu stärken und europäische Politikdynamiken zu begrenzen.

Eine besondere Variante dieser Theorielinie stellt der Ansatz von Jürgen Habermas dar. Dessen Verständnis von europäischer Demokratie setzt zwar den Aspekt bürgerschaftlicher Ermächtigung ins Zentrum, er ist jedoch sehr viel optimistischer an der Möglichkeit orientiert, Solidarität durch die Einrichtung eines mehr Repräsentation ermöglichenden politischen Prozesses aufzubauen (Habermas 1998, 1999a, 1999b, 2011, 2014). Habermas übersieht keineswegs, dass es eine Fülle von Problemen gibt, er setzt allerdings darauf, dass – analog zur bundesrepublikanischen Verfassungsgeschichte und dem Modell des Verfassungspatriotismus – eine katalysatorische Wirkung eintreten kann. So fordert er etwa in seiner Auseinandersetzung mit Wolfgang Streecks Krisenhypothese einer notwendig scheiternden, weil dem Kapitalismus gegen die Demokratie zum Sieg verhelfenden Supranationalisierung (Streeck 2013a, 2013b) gerade nicht das europä-

ische Projekt aufzugeben, sondern in der Krise die Chance zur Re-Demokratisierung zu sehen (Habermas 2013).⁵

Sieht man von Habermas' oft kritisiertem optimistischen Ansatz ab, sind die Positionen, die zunächst normativ die Maßstäbe bestimmen und dann auf die EU blicken, überwiegend kritisch. Demokratiedefizit und No-Demos-Hypothese werden zudem einander nicht ausschließend und oft kombiniert verwendet und meist dafür benutzt, die im Nationalstaat herausgebildete Demokratie als bestmögliche Realisierung des Prinzips der Selbstregierung vorzustellen und deren möglichst weitgehende Schonung zu verlangen. Viele Autoren ergänzen die eigenen Überlegungen aber trotzdem sodann um Erörterungen, wieso europäische Integration zu begrüßen oder zumindest nicht zurückzudrehen ist. Das zugleich als potentiell progressiv gewertete europäische Projekt mit all seinem instrumentellen Nutzen zu verwerfen, scheint trotz einer prinzipiell skeptischen normativen Erörterung zu verlustreich. Das mündet in die sich stark selbst zurücknehmende Position, die die Feuilletondebatte um Europa prägt. Demokratiedefizit und No-Demos-Hypothese (bzw. deren argumentative Bausteine) sind zu festen Paradigmen geronnen. Sie werden zwar jeweils in die Tiefe entwickelt und empirisch differenziert (etwa wenn es um die Erforschung der Stärke/Schwäche des Europäischen Parlaments geht), kaum aber werden einmal normative Diskurse jenseits dieser Grundunterscheidung angestellt.

Während in der öffentlichen Debatte die beiden Positionen den allergrößten Teil der Aufmerksamkeit konsumieren, ist in den Auseinandersetzungen der spezialisierten wissenschaftlichen Europaforschung auch die rechte Seite der Matrix von großer Bedeutung. Auch auf dieser lässt sich die Unterscheidung von auf Kontrolle abzielenden, individualistisch-liberal begründeten Ansätzen und stärker partizipatorischen Ansätzen einziehen,

-
- 5 Habermas ist in vielerlei Hinsicht ein nahezu idealtypisches Beispiel dafür, was ich in diesem Text als mögliche Leistung politischer Theorie einfordern möchte. Sein Ansatz schöpft direkt aus politischer Theorie und Philosophie, ihm gelingt die Verbindung von Öffentlichkeit und Europaforschung und seine Positionierung hat in vielerlei Hinsicht die fest gezogenen Linien der Debatte ins Rutschen gebracht. Inhaltlich unterscheidet sich seine Theorieentwicklung allerdings in wichtigen Details von Aspekten, die ich in der europäischen Debatte für entscheidend halte, wie ich an unterschiedlichen Stellen entwickelt habe (Thiel 2008, 2012).

was wiederum zur Unterscheidung von zwei inhaltlichen Positionen führt: Die erste sieht in der EU einen Fall, der einer besonderen Legitimation bedarf, die zweite verweist auf die sich herausbildenden Governance-Praktiken als chancenreiche Uminterpretation demokratischer Prinzipien.

Der erste Ansatz ist vor allem mit den Schriften von Giandomenico Majone (Majone 1994, 1998, 2006) und Andrew Moravcsik (Moravcsik 2002, 2006) verknüpft. Beide argumentieren, dass das pathetische Demokratieverständnis der Debatte den Zweck europäischen Regierens verkenne und die EU den demokratischen Nationalstaat nicht doppeln müsse, um Legitimität (in normativer wie empirischer Hinsicht) erfolgreich beanspruchen zu können. Zu viel Ähnlichkeit sei angesichts des mangelnden Interesses der Bürger an Europa sogar kontraproduktiv, würde weitere Europäisierung doch zu einer ungesunden Machtverlagerung führen. Stattdessen plädieren sie für eine abgestufte Legitimationstheorie, die sich aus der Betrachtung der Geschichte, vor allem aber der Zwecke der Integration entwickelt und jeweils spezifisch fragt, welche Formen der Legitimierung für welche Form der Leistungserbringung am ehesten passend sind. Legitimierungsforderungen werden somit nach Aufgaben und Handlungslogiken erörtert, und der Blick liegt weit mehr auf dem Output-Moment (sowie faktischer Akzeptanz) als auf Input-Elementen (wie aktiver Beteiligung oder prozeduraler Offenheit). Demokratie könne so sogar dann gestärkt werden, wenn die Einflussmöglichkeiten gar nicht steigen, wohl aber die Rationalität und Nachkontrolle (Keohane et al. 2009).

Auf eine nochmal andere Logik setzen jene Ansätze, die nicht die funktionalen, sondern die prozeduralen Besonderheiten europäischen Regierens hervorheben. Hier tritt insbesondere die deliberative Aushandlungslogik überstaatlicher Politik ins Blickfeld, die einen verbesserten Einbezug von Zivilgesellschaft und Experten mit sich zu bringen verspricht. In diesen Diskursen verschwindet die Fixierung auf die Kerninstitutionen europäischer Integration, und der Politikprozess als Ganzer wird wichtiger. Während die Governance-Konzeption dabei zunächst eine allein beschreibende und somit wertneutrale Positionierung entwickelte, kam es bald zu einer Verquickung mit Legitimationskonzepten und -diskursen. Insbesondere die gegenüber dem Nationalstaat gestiegenen Einwirkungsmöglichkeiten der Aushandlungsprozesse und die damit einhergehende verbesserte Rationalität werden als demokratietheoretisch relevant identifiziert. Versatzstücke deliberativer Demokratietheorie sind für diese Erörterung entscheidend, da

sie begründen helfen, wieso es nicht vorrangig eines aggregativen oder identitätsabbildenden Mechanismus der Repräsentation bedarf, sondern im Erhöhen von Beteiligungschancen und in der Strukturierung des Austauschs selbst schon ein demokratisierendes Element enthalten sein kann. Horizontalität und Deliberation werden so zu wichtigen, fast schon mit Demokratie synonym verstandenen Schlagwörtern in der Debatte (Cohen/Sabel 1997; Joerges 2000; Neyer 2006, 2009; Sabel/Zeitlin 2008).⁶

Die Diskussionen um die Krise der Demokratie in Europa haben seit dem Aufkommen der Legimationsforderungen an europäische Politik meist eine der vier vorgestellten Grundpositionen zum Ausgangspunkt genommen. Idealtypisch zugespitzt ist somit das analytische Spektrum der Demokratiediskussionen in der Europaforschung umrissen (eine ausführlichere und sehr viel differenziertere Rekonstruktion habe ich an anderer Stelle vorgenommen: Thiel 2012). Welche Theorieansätze dabei als besonders überzeugend gelten und wie sich die Ansätze miteinander kombinieren lassen, ist steten Konjekturen unterworfen. Seit dem Ende ihrer Formierungsphase ist es aber in dieser Debatte mehr oder weniger dabei geblieben, dass die demokratietheoretischen Prämissen selbst nicht mehr groß zum Thema werden. Wichtiger ist deren Operationalisierung sowie die Bändigung von Komplexität und Ambivalenz. Dies hat den Effekt hervorgebracht, den ich weiter oben als ‚konzeptionelle Erschöpfung‘ bezeichnet habe. Selbst als höchst einschneidend eingeschätzte Entwicklungen wie die Eurokrise oder der Lissabon-Vertrag führen nicht mehr zu inspirierenden demokratietheoretischen Debatten. In ihnen wird vielmehr nur die Krisendiagnose aus der Perspektive der etablierten Paradigmen aktualisiert, und weil man ohnehin nicht an eine Lösung glaubt, läuft die Diskussion schon im Moment ihrer Anrufung leer. Dadurch wird der eingangs beschriebene Effekt erzielt, dass die Beschreibung der Krise zugleich überall und doch so

6 Theorien dieser Richtung haben relativ klar ihren Scheitelpunkt überschritten und sind nach einer intensiven Diskussion um die Jahrtausendwende heute eher auf dem Rückzug. Dies liegt sowohl an einer gewissen empirischen Ernüchterung und einer wahrgenommenen ‚Wiederkehr‘ des Staates und hierarchischer Organisationsformen von Politik, aber natürlich auch an einer mittlerweile sehr etablierten Kritik der blinden Flecken solcher Ansätze, die oft elitistisch überformt sind und Partizipation mit Technokratie verwechseln (eine umfassende Kritik liefert: Niesen 2008).

kraftlos ist. Die Ansätze sind in allen Richtungen durchdekliniert, doch aus ihnen selbst lässt sich nur wenig an Ideen zur politischen Reform ziehen. Das Scheitern des Verfassungsprozesses gilt hierfür als der endgültige Beleg, zeigt er doch, dass die Kritiken zwar richtig, aber die Situation trotzdem in hohem Maße unabänderlich ist. Der Ausweg der Forschung besteht darin, immer stärker auf den empirischen Feinschliff zu setzen. Das ändert aber wenig, da so zwar die Differenzierung steigen mag, jedoch keine Brücke zu einem öffentlichen Verstehen geschlagen wird.

EIN ANDERER EUROPADISKURS IST MÖGLICH

Wenn das hier gezeichnete Bild der Krise der Erforschung der Krise europäischer Demokratie stimmig ist, stellt sich abschließend die Frage, was für alternative Möglichkeiten des Nachdenkens über demokratische Standards und Entwicklungen denkbar sind und wie sich die Routinen durchbrechen lassen, die zur konzeptionellen Erschöpfung der Europaforschung geführt haben.

Es geht mir an dieser Stelle nicht darum, eine eigene substantielle Demokratietheorie ins Spiel zu bringen, die aus sich heraus einen anderen Blick, andere Wertungen oder andere Lösungsansätze hervorbringen würde und zugleich den Spagat zwischen öffentlichem Diskurs und wissenschaftlicher Komplexität bewältigen könnte (wäre dies gefordert, so würden meine Erwägungen in Richtung eines pluralistischen Republikanismus gehen, den ich an anderer Stelle und mit mehr Platz zu plausibilisieren versucht habe: Thiel 2011, 2012). Vielmehr möchte ich im Einklang mit der oben gegebenen Diagnose, die sich auf Strukturen der Forschung und die Herausbildung von Perspektiven fokussierte, nur in die Richtung weisen, aus der, meiner Einschätzung nach, eine Restrukturierung und damit Auffrischung des Diskurses erfolgen kann.

Und hier kommt die moderne Politische Theorie ins Spiel. In diesem von der Europaforschung weitgehend unbeachteten Zweig der Politikwissenschaft ist es in den vergangenen Dekaden zu einer höchst anregenden Auseinandersetzung über die Veränderung der Bedeutung und die richtige Konzeptionalisierung von Demokratie gekommen. Der Hintergrund pluraler, sich zudem global öffnender Gemeinwesen hat eine Vielzahl von Gewissheiten erschüttert und ein neues Nachdenken darüber ausgelöst, was es

ausmacht und heißt, in einer Demokratie zu leben und politische Repräsentation zu erfahren. Die zeitweilige Hegemonie deliberativ-demokratischer Ansätze, denen eine Aussöhnung zwischen liberalen und partizipatorischen Sichtweisen auf Demokratie gelungen schien, ist nach (und vielleicht auch als Folge von) deren ‚Erwachsen-Werden‘ zu Ende gegangen (für – allerdings affirmative – Periodisierungen der Entwicklung vgl. Bohman 1998; Mansbridge et al. 2012; Elstub 2010; vgl. ferner den Text von Buchstein/Jörke 2003, der die Entwicklungsoptionen in der Demokratietheorie nachzeichnet). In der politischen Theorie der letzten Dekade ist ein neues Interesse an Konflikt und Kontestation erwacht. Radikaldemokratische und republikanische Theorien sind die augenfälligsten Protagonisten dieser Entwicklung (sehr einflussreiche Texte in der Debatte sind etwa: Mouffe 2007, 2014; Agamben et al. 2012; Tully 2008a, 2008b. Zudem sind mittlerweile Sammelbände und Überblickswerke erschienen, die den Trend nachzuvollziehen suchen: Flügel et al. 2004; Marchart 2010).

Anders als in den Demokratietheorien, die das Fundament des normativen Europadiskurses bilden, liegt der Fokus solcher Ansätze auf gesellschaftlichen Kräften, auf deren Entwicklung und Zusammenspiel. Auch wird der Erhalt oder sogar die Verstärkung von Pluralität betont, nicht deren Vermittlung oder Auflösung. Somit steht auch nicht die Suche nach den Schwellenwerten legitimer Herrschaft im Vordergrund, sondern das Nachdenken über die Möglichkeiten der Hinterfragung von Herrschaft und die Chancen permanenter Erneuerung. Dementsprechend wichtig wird der Begriff des ‚Politischen‘, der als Bezeichnung für eine gute und intensive Auseinandersetzung und die Möglichkeit von Veränderung in vielen Theorien einen ähnlich positiven Klang hat wie der Begriff der Demokratie in der klassischen Debatte. So wird ein anderer normativer wie analytischer Maßstab für die Messung der Qualität einer Ordnung benannt, der sich allerdings häufig explizit mit der Demokratie verbindet, aber eben nicht in der Konzipierung einer kollektiven, sich souverän behauptenden Gemeinschaft.

Die auf das Politische abzielenden Demokratietheorien haben nicht nur deshalb Aufmerksamkeit gefunden, weil sie mit ihrer Rückwendung zu Kritik und Ereignis in einem zunehmend szientistischen Wissenschaftsumfeld einen romantisch-nostalgischen Impuls bedienen, sondern auch als Zeitdiagnosen ihre ganz eigene Aktualität gewonnen. So stellen sie eine wichtige Reflexionsfolie – und gelegentlich auch den Stichwortgeber – für die Ent-

wicklung neuer Protestkulturen dar, die vom Weltsozialforum bis zu *Occupy* reichen und die Schaffung von Alternativität zum Gebot der Stunde erklären. Mit Hilfe dieser Theorien und ihrer Vokabulare lassen sich Phänomene wie Populismus (und dessen Ambivalenz) oder auch die Gefahren der Entpolitisierung durch technokratische Mechanismen adäquat erfassen und debattieren. Wo viele klassische Demokratietheorien nur auf die Möglichkeiten schauen, wie Herrschaft legitimiert werden kann, sind diese neueren Theorien an der Praxis von Herrschaft und Widerstand interessiert. Sie suchen nach Bedingungen (institutioneller, aber vor allem auch gesellschaftlicher Art), die ein Offenhalten des Politischen möglich machen und damit gerade die Erfahrung von Herrschaft, die in Ohnmacht wurzelt, identifizieren können. Nicht einfach die Realisierung eines Mehrheits- oder eines Gemeinwillens bringt insofern die demokratische Qualität einer Ordnung zum Ausdruck, sondern zuallererst das Entstehen, die Offenheit und die Dynamik eines politischen Prozesses selbst. Nur wenn politische Auseinandersetzung gesucht wird und wenn Räume zur Verfügung stehen, in denen ein Austausch über politische Veränderung möglich ist, ergibt sich überhaupt die Chance, dass Bürger sich Politik aneignen, was Voraussetzung des klassischen Versprechens der Demokratie ist.

Wie aber lässt sich an diese Diskussionen im Kontext der Europafor- schung anschließen? Auf durchaus einfache Weise, – und zwar deswegen, weil es bereits eine Vielzahl guter Beschreibungen der Ambivalenzen der Demokratie in Europa und der gefährlichen Tendenz zur Aushöhlung oder Halbierung von demokratischen Entwicklungen gibt (jüngst etwa: Mair 2013; Brunkhorst 2013). Diese Untersuchungen konzentrieren sich schon längst nicht mehr auf institutionelle Details oder die essentialistische Un- möglichkeit von Demokratie oberhalb des Nationalstaats, sondern gehen systematisch der Frage nach, wie Politik erfahren wird und welche Schlie- ßungsprozesse stattfinden. Sie tun dies jedoch häufig noch, ohne selbst den Anspruch zu formulieren, über den demokratietheoretischen Status von Oppositionsbildung für demokratisches Regieren nachzudenken (eine neue und wichtige Arbeit in dieser Hinsicht ist: Ley 2014)

Und es gibt noch einen weiteren empirischen Anknüpfungspunkt. Er besteht in der Tatsache, dass die Forschungspraxis der Europafor- schung dem politiktheoretischen Diskurs viel näher ist, als sie sich selbst einge- steht, und zwar mit Blick auf die wachsende Politisierung der Europäischen Union (Zürn 2006; Zürn et al. 2007; de Wilde 2011). In dieser Literatur

wird der allgemeine Trend zur konfrontativen Auseinandersetzung beschrieben und der Druck erörtert, unter den das europäische Gemeinwesen gerät, das in Teilen darauf ja auch schon reagiert, wie sich etwa in der Umgestaltung der Europawahl zeigt, die zumindest in Deutschland einen deutlichen Aufmerksamkeitsschub gebracht hat. Diese Literatur kommt oft noch beschreibend oder spekulierend daher, sie könnte aber viel stärker zum Ausgangspunkt für normatives Rasonieren werden, wenn sie sich von der Vorstellung einfacher institutioneller Reformen lösen würde. Anders als in der Literatur der neunziger Jahre kann es nämlich nicht darum gehen, in der Politisierung die Idee der Integration durch Konflikt zu beschwören. Es muss vielmehr über die Kapazität von Institutionen nachgedacht werden, Konflikte auszuhalten und zu repräsentieren. Auch dies unterscheidet sich von den Konzepten von Kontrolle und Ermächtigung, die den klassischen normativen Europadiskurs fundieren, und es weicht ebenso ab von der Idee der Aushandlung oder der funktionalen Rationalität, wie sie aus der stärker analytischen Europaforschung hervorgegangen sind.

Gerade weil diese Diskurse in der Europaforschung bereits existieren und zunehmend Aufmerksamkeit finden, liegt eine stärkere Interaktion von Politischer Theorie und Europaforschung nahe. In einer gemeinsamen Anstrengung wäre es möglich, den Teufelskreis zunehmender Szientifizierung und paralysierender Ohnmachtserfahrung aufzubrechen. Während die Natur und Vielschichtigkeit der Probleme der Demokratie in Europa der Idee einer ‚Lösung‘ entgegenstehen, lässt sich so doch ein Impuls gewinnen, um der Krisensituation zu begegnen und neue Optionen zu artikulieren. Über die Krise darf nicht nur lamentiert werden, sondern die Wissenschaft muss auf sie mit einer diskursiven Öffnung reagieren, die andere Formen von Bürgerbeteiligung ins Blickfeld rückt. Politische Theorie kann an dieser Stelle einen wichtigen Beitrag leisten und ihre gesellschaftliche Funktion als eine aktivierende, kritische Kraft erfüllen – eine Aufgabe aber, die sie bald angehen muss, da die Krise (und erst recht deren Permanenz) immer auch die Möglichkeit des Scheiterns impliziert.

LITERATUR

- Agamben, Giorgio/Badiou, Alain/Bensaid, Daniel/Brown, Wendy/Nancy, Jean-Luc/Ranciere, Jacques/Ross, Kristin/Žižek, Slavoj (2012): Demokratie? Eine Debatte, Berlin.
- Andrews, David M. (2012): The Rise and Fall of EU Studies in the USA, in: *Journal of European Public Policy* 19.5, S. 755-775.
- Baumann, Zygmunt/Bodoni, Carlo (2014): *State of Crisis*, Cambridge.
- Bellamy, Richard/Castiglione, Dario (2003): Legitimizing the Euro-polity and its Regime: The Normative Turn in EU Studies, in: *European Journal of Political Theory* 2.1, S. 7-34.
- Bohman, James (1998): The Coming of Age of Deliberative Democracy, in: *The Journal of Political Philosophy* 6.4, S. 400-425.
- Brunkhorst, Hauke (2013): Von der Krise zum Risiko und zurück. Marxistische Revisionen, in: Rahel Jaeggi/Daniel Loick (Hg.), *Nach Marx*, Berlin, S. 412-444.
- Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk (2003): Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: *Leviathan* 31.4, S. 470-495.
- Calhoun, Craig (2003): European Studies: Always Already There and Still in Formation, in: *Comparative European Politics* 2.1, S. 5-20.
- Cohen, Joshua/Sabel, Charles (1997): Directly-Deliberative Polyarchy, in: *European Law Journal* 3.4, S. 313-342.
- de Wilde, Pieter (2011): No Polity for Old Politics? A Framework for Analyzing the Politicization of European Integration, in: *Journal of European Integration* 33.5, S. 559-575.
- Decker, Frank (2000): Demokratie und Demokratisierung jenseits des Nationalstaats. Das Beispiel der Europäischen Union, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1.2, S. 585-629.
- Eder, Klaus (2014): The EU in search of its people. The birth of a society out of the crisis of Europe, in: *European Journal of Social Theory* 17.3, S. 219-237.
- Elstub, Stephen (2010): The Third Generation of Deliberative Democracy, in: *Political Studies Review* 8.3, S. 291-307.
- Fenske, Uta/Hülk, Walburga/Schuhen, Gregor (2011): Die Krise als Erzählung. Transdisziplinäre Perspektiven auf ein Narrativ der Moderne, Bielefeld.

- Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (2004): Die Rückkehr des Politischen, Darmstadt.
- Friederichs, Jürgen (2007): Gesellschaftliche Krisen. Eine soziologische Analyse, in: Helga Scholten (Hg.), Die Wahrnehmung von Krisenphänomenen. Fallbeispiele von der Antike bis in die Neuzeit, Köln, S. 13-28.
- Grande, Edgar (1996): Demokratische Legitimation und europäische Integration, in: *Leviathan* 24.3, S. 339-360.
- Grimm, Dieter (1995): Braucht Europa eine Verfassung?, München.
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: ders., Die postnationale Konstellation, Frankfurt a.M., S. 91-169.
- Habermas, Jürgen (1999a): Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm, in: ders., Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt a.M., S. 185-191.
- Habermas, Jürgen (1999b): Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 46.4, S. 425-436.
- Habermas, Jürgen (2011): Zur Verfassung Europas, Berlin.
- Habermas, Jürgen (2013): Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58.5, S. 59-70.
- Habermas, Jürgen (2014): Zur Prinzipienkonkurrenz von Bürgergleichheit und Staatengleichheit im supranationalen Gemeinwesen, in: *Der Staat* 53.2, S. 167-192.
- Joerges, Christian (2000): Transnationale „deliberative Demokratie“ oder „deliberativer Supranationalismus“? Anmerkungen zur Konzeptualisierung legitimen Regierens jenseits des Nationalstaats bei Rainer Schmalz-Bruns, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7.1, S. 145-161.
- Keeler, John (2005): Mapping EU Studies: The Evolution from Boutique to Boom Field 1960-2001, in: *Journal of Common Market Studies* 43.3, S. 551-582.
- Keohane, Robert O./Macedo, Stephen/Moravcsik, Andrew (2009): Democracy-Enhancing Multilateralism, in: *International Organization* 63.1, S. 1-31.

- Kielmansegg, Peter Graf (2003): Integration und Demokratie, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.), Europäische Integration, Opladen, S. 49-85.
- Koselleck, Reinhart (1982): Krise, in: Otto Brunner et al. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart, S. 617-650.
- Ley, Isabelle (2014): Opposition im Völkerrecht. Ein Beitrag zu den legitimierungstheoretischen Grundlagen internationaler Rechtserzeugung und ihrer Anwendung, Heidelberg.
- Lord, Christopher/Beetham, David (2001): Legitimizing the EU: Is there a Post-Parliamentary Basis for Its Legitimation?, in: Journal of Common Market Studies 39.3, S. 443-462.
- Mair, Peter (2013): Ruling the Void. The Hollowing-Out of Western Democracy, London.
- Majone, Giandomenico (1994): The Rise of the Regulatory State in Europe, in: West European Politics 17.3, S. 77-101.
- Majone, Giandomenico (1998): Europe's 'Democratic Deficit'. The Question of Standards, in: European Law Journal 4.1, S. 5-28.
- Majone, Giandomenico (2006): The Common Sense of European Integration, in: Journal of European Public Policy 13.5, S. 607-626.
- Mansbridge, Jane/Bohman, James/Chambers, Simone/Christiano, Thomas/Fung, Archon/Parkinson, John/Thompson, Dennis F./Warren, Mark E. (2012): A Systemic Approach to Deliberative Democracy, in: Jane Mansbridge/John Parkinson, Deliberative Systems: Deliberative Democracy at the Large Scale, Cambridge, S. 1-26.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin.
- Mergel, Thomas (2012): Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Anmerkungen, Frankfurt a.M.
- Merkel, Wolfgang (2014): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden.
- Moravcsik, Andrew (2002): In Defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing Legitimacy in the European Union in: Journal of Common Market Studies 40.4, S. 603-624.
- Moravcsik, Andrew (2006): What Can We Learn from the Collapse of the European Constitutional Project?, in: Politische Vierteljahresschrift 47.2, S. 219-241.

- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische*, Frankfurt a.M.
- Mouffe, Chantal (2014): *Agonistik – Die Welt politisch denken*, Berlin.
- Neyer, Jürgen (2006): The Deliberative Turn in Integration Theory, in: *Journal of European Public Policy* 13.5, S. 779-791.
- Neyer, Jürgen (2009): Die Stärke deliberativer politischer Theorien und das Elend der orthodoxen Demokratietheorie. Eine Replik auf Marcus Höreth, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 19.3, S. 331-358.
- Neyer, Jürgen/Wiener, Antje (2010): *Political Theory of the European Union*, Oxford.
- Niesen, Peter (2008): Deliberation ohne Demokratie? Zur Konstruktion von Legitimität jenseits des Nationalstaats, in: Regina Kreide/Andreas Niederberger (Hg.), *Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik*, Frankfurt a.M., S. 240-259.
- Roitman, Janet (2014): *Anti-Crisis*, Durham.
- Rosamond, Ben (2007): European Integration and the Social Science of EU Studies: The Disciplinary Politics of a Subfield, in: *International Affairs* 83.2, S. 231-252.
- Sabel, Charles/Zeitlin, Johannes (2008): Learning from Difference: The New Architecture of Experimentalist Governance in the EU, in: *European Law Journal* 14.3, S. 271-327.
- Schulze, Gerhard (2011): *Krisen. Das Alarmdilemma*, Frankfurt a.M.
- Schuppert, Gunnar Folke/Pernice, Ingolf/Halter, Ulrich (2005): *Europawissenschaft*, Baden-Baden.
- Simson, Werner von (1991): Was heißt in einer europäischen Verfassung „Das Volk“?, in: *Europarecht* 26.1, S. 1-18.
- Streeck, Wolfgang (2013a): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.
- Streeck, Wolfgang (2013b): Was nun, Europa? Kapitalismus ohne Demokratie oder Demokratie ohne Kapitalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58.4, S. 57-68.
- Thiel, Thorsten (2008): Braucht Europa eine Verfassung? Einige Anmerkungen zur Grimm-Habermas-Debatte, in: Mandana Biegi et al. (Hg.), *Demokratie, Recht und Legitimität im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden, S. 163-179.
- Thiel, Thorsten (2011): Die Europäische Union – eine republikanische Ordnung?, in: Rolf Gröschner/Oliver Lembcke (Hg.), *Freistaatlichkeit. Theorie und Tradition des Republikanismus*, Tübingen, S. 245-269.

- Thiel, Thorsten (2012): Republikanismus und die Europäische Union – Eine Neubestimmung des Diskurses um die Legitimität europäischen Regierens, Baden-Baden.
- Tully, James (2008a): *Public Philosophy in a New Key. Vol. I: Democracy and Civic Freedom*, Cambridge.
- Tully, James (2008b): *Public Philosophy in a New Key. Vol. II: Imperialism and Modern Freedom*, Cambridge.
- Vobruba, Georg (2007): Kritik der Europakritik. Die intellektuelle Perspektive auf die europäische Integration, in: *Osteuropa* 57.7, S. 3-12.
- Weiler, Joseph H.H. (1995): Does Europe Need a Constitution? Demos, Telos and the German Maastricht Decision, in: *European Law Journal* 1.3, S. 219-258.
- Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (2013): Sprachliche Konstruktionen von Krisen. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein fortwährend aktuelles Phänomen, Bremen.
- Zürn, Michael (2006): Zur Politisierung der Europäischen Union, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47.2, S. 242-251.
- Zürn, Michael/Binder, Martin/Ecker-Ehrhardt, Matthias/Radtke, Katrin (2007): Politische Ordnungsbildung wieder Willen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 14.1, S. 129-164.

